

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

287 (16.10.1919) Erstes Blatt

Bezugspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
monatlich 1.90 M.
vierteljährlich 5.70 M.
an den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 1.80 M.
In Karlsruhe am Postamt
abgeholt 5.40 M.
vierteljährlich 16.20 M.
In den übrigen Orten
monatlich 2.00 M.
vierteljährlich 6.00 M.
In den Auslandsländern
monatlich 2.50 M.
vierteljährlich 7.50 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
Die Regeln, Konditionen, Preise
sowie deren Raum 30 Pf.
Wochensatz 1.20 M.
erster Seite 1.50 M.
Auf die Preise
30% Zuerstzuzahlung.
Abdruck nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen (außerhalb
bis 4 Uhr nachmittags).
Fernsprechnummer:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 200.804

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Mittelstraße 1.
Redaktion: Gustav Respert; verantwortlich für Politik: Martin Solzinger; für Baden, Völkerei und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Dellemer; für Anzeigen: Paul Kuhnmann.
Druck und Verlag: C. H. Müller & Co. in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedemann, Fregellestraße 65/66, Telephonamt Umland 2902. Für unvorläufige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 287. Donnerstag, den 16. Oktober 1919. Erstes Blatt.

Ausfall.

Von Otto Aufsätze, M. d. N.
Das Ende der großen politischen Aussprache zum Reichstagswahlkampf bedeutet keinen Abschied, sondern einen Ausfall. Die demokratische Partei hat bei ihrem Eintritt in die Regierung das Verlangen nach möglichst baldigen Reichstagswahlen geäußert und der Reichstagswahl kündigte entsprechend diesem Wunsch an, daß sie im Frühjahr spätestens vorgenommen werden sollen. Die mit Verantwortung nicht belasteten Parteien rufen natürlich nach einem noch früheren Termin, aber wenn man berücksichtigt, daß das Reich Grenzen kaum eher festsetzen werden, wird man sich hüten, ein Verlangen zu äußern, das unter Umständen zahlreiche Volksgenossen um ihr Wahlrecht bringt, weil die Entente die Wahlen in gewissen Gebieten analog dem Beispiel Esch-Verträgen anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung hintertreiben könnte. Die politische Generaldebatte kennzeichnete sich deutlich als Auftakt zu den Reichstagswahlen und man muß damit rechnen, daß auch in der ferneren parlamentarischen Arbeit die Schatten der heraufziehenden Wahlen sichtbar werden.

Nach dem Wiedereintritt der Deutschen Demokratischen Partei in die Regierung wird der Aufmarsch zu den Wahlen ziemlich vereinfacht werden. In der Mitte steht der große Block der Versöhnungsparteien. Zwischen ihnen gibt es gewiß allerhand Unterschiede. In kultureller und nationalpolitischer Hinsicht wird das Zentrum vielfach anders stehen als die Demokraten und zwischen Demokraten und Wehrheitssozialisten ist nicht nur die grundsätzliche Frage des Sozialismus ein Trennungspunkt, sondern auch das Maß der Sozialisierung und Beschleunigung strittig. Die Frage des Friedens aber scheidet zwischen den Regierungsparteien aus. Das bedeutet nicht, daß die Deutsche Demokratische Partei etwa nachträglich an ihrer Haltung irre geworden wäre. Im Gegenteil, sie ist mehr denn je davon überzeugt, daß der Schlußvertrag von Versailles in seinen schlimmsten Ausschreitungen durch eine würdige und geschlossene Ablehnung abzuwenden gewesen wäre. Aber eine agitatorische Ausschlagung der Annahme des Friedens müßte das politische Leben noch mehr vergiften, als das durch die Gegner der neuen Reichsverfassung von rechts und links ohnehin geschieht. Das aber wäre den Interessen des Vaterlandes in schwerer Weise abträglich. Die Deutsche Demokratische Partei hat darum ein bequemes Agitationsmittel durch ihren Wiedereintritt in die Regierung bewußt preisgegeben, weil sie die vaterländischen Interessen über die Parteinteressen stellt.

Von den rechtsstehenden Parteien wird mit der Annahme des Friedens natürlich weidlich agitiert werden, und man wird auch fernerhin für alle Uebel der Gegenwart die Revolution verantwortlich machen. Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß eine solche hohle Schlagwortpolitik auf politisch unerschöpfte Gemüter um so mehr wirkt, je größer die Schwierigkeiten im Vaterlande sind, aber für die politisch Denkfähigen kann doch die Feststellung des demokratischen Abgeordneten von Nichtslos nicht einleuchtend bleiben, daß der Krieg militärisch verloren worden ist und daß die Folge des militärischen Zusammenbruchs die Revolution gewesen ist. Im einzelnen wird gewiß die Geschichtsforschung von einst erst sicher urteilen können, wenn sie den nötigen zeitlichen Abstand von den Dingen gewonnen hat, im ganzen aber ist dieser historische Verlauf unbestreitbar und nicht zu erschüttern. Daraus ergeben sich aber auch parteipolitisch die Weiterungen, daß man von einer Schuld an der Verlängerung des Krieges gegenüber jenen Parteien sprechen darf, die durch eine Politik der Unversöhnlichkeit die rechtzeitige Beendigung des Krieges verhindert haben. Mit dieser Schuld sind die rechtsstehenden Parteien befaßt und es wäre wohl kaum in einem anderen Lande der Welt möglich, daß die Berliner einer solchen Krieges- und Verhinderer eines rechtzeitigen Friedens sobald schon wieder das große Wort führen können. Daß sie den Wahlkampf in der Form außerordentlich schroff führen werden, ist schon jetzt klar zu erkennen. Im Parlament um so härter wird sie in ihrer Presse und auf ihren Tagungen und Versammlungen angeschlagen. Der Antisemitismus war zu allen Zeiten das letzte Hilfsmittel einer verzweifelten Reaktion und es wird aller politischen Erziehungsberechtigten bedürfen, Deutschland nicht auf das russisch-polnische Pogromniveau sinken zu lassen. Man sollte für dieses Kapitel nationaler Wunden Verständnis eigentlich auch bei den anhänglichen Konservativen erwarten. Es ist aber betrüblich, daß der Vorstand der Deutsch-Nationalen Volkspartei in der agrarischen Druckerei dieses von Ebert und Noske auf Postkarten in die Soldaten der Reichswehr gegen den Verstand in Druck gegeben worden, sie ist aber gleichfalls eine deutsch-nationale Werbezeitung.

Ueberflüssiger Streit.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
Ist unser deutsches Bürgertum wirklich zum Untergang verurteilt und haben ihm deshalb die Götter nach dem alten Spruch den Bestand geschwächt? Der Winter mit seinen schweren wirtschaftlichen Nöten und Gefahren rückt immer näher. Gleichzeitig aber vollzieht sich unter der Führung von Scheidemann und Adolf Hoffmann trotz aller lebhaften Wortkämpfe und Eiferfahrungen die Wiedereinigung der sozialistischen Parteien; der Wehrheitssozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten; in einer Berliner Versammlung konnte gestern Adolf Hoffmann bereits die Verschmelzung des Unabhängigen und Kommunistischen Volksrats mitteilen.

Scheidemann gilt allerdings persönlich in radikalen Arbeiterkreisen noch immer als verdächtig; er hat aber in letzter Zeit in Wort und Schrift sein Möglichstes getan, um seine proletarische Gesinnungstüchtigkeit und seine Bürgerlichkeit zu beweisen. Es ist also nicht unmöglich, daß einige der gemäßigten Führer der Wehrheitspartei an die Wand gedrückt werden, wodurch dann für Unabhängige Platz gemacht und die tatsächliche Einigung des Proletariats gegen das Bürgertum erleichtert würde.

Das die Einigung neue Kräfteproben in den Massen feinsinnig zum Erlöschen bringen wird, zeigen die großen Berliner Streikbewegungen, durch die die Millionenstadt täglich vor die Gefahr, ohne Licht, Wärme und Wasser zu sein, gestellt wird. Der Zustand der Berliner städtischen Hilfsbeamten wird natürlich noch die allgemeine Verwirrung und Unsicherheit steigern; das ist die Absicht der radikalen politischen Drahtzieher.

Die Regierung ist gewiß bemüht, von Tag zu Tag die Schwierigkeiten zu überwinden, wobei alle Beamten ein gewisses Stück Arbeit leisten müssen, ohne dafür den gerechten Lohn zu erhalten, aber grundsätzlich gegen den Wahnsturm der Massenwillkür vorzugehen, ist die aus der Revolution geborene Regierung der Wehrheitssozialisten nicht imstande, obgleich sie ahnen mag, daß nach dem Wort des Abg. Cohn die sozialistische deutsche Insel im Meer einer kapitalistischen Weltflut versinken muß.

Das Schlimmste aber ist, daß die bürgerlichen Parteien sich zu keinem Zusammenfluß aufrufen können und immer nur in die einmal nicht mehr umgekehrten zu machende Vergangenheit starren. General Ludendorff sinkt zum Parteirebellen für die Deutsch-Nationalen herab und wird dabei durch den in einem rechtsstehenden Blatt zuerst veröffentlichten Brief des früheren Kronprinzen über die alte Kriegspolitik in seinen wesentlichsten Auffassungen ad absurdum geführt. Warum gibt man nicht endlich die in der Vergangenheit gemachten Mängel offen zu, um sich mit vereinten Kräften gegen die wahrlich nicht geringeren Fehler und Gefahren der Gegenwart wenden zu können?

Der Ausfall im Berliner Rathaus.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 15. Okt. Die Ausständigen haben vor dem Rathaus eine große Anzahl von Streikposten aufgestellt, die nicht nur ihre arbeitswilligen Kollegen, sondern auch das Publikum am Eintritt in das Rathaus hindern. An einzelnen Stellen ist von den Ausständigen sogar Gewalt angewendet worden. Bei den Protokommisionen sind ebenfalls die Bürohilfskräfte zum Teil zu den Ausständigen übergegangen; die Büros der Kommissionen müßten geschlossen werden. Man hat sofort dafür gesorgt, daß die Räumlichkeiten bewacht und alle Lebensmittel vor Diebstählen sichergestellt werden. Die Kohlenverjüngung ist in der Spandauer Straße zu schließen worden. Auch hier hofft man, mit freiwilligen Helfern die Schwierigkeiten zu beheben. In dem Ausfall sind ferner

gimes auftrat und dem vorrevolutionären Bürgertum vorkam, daß es nicht den Willen zur Macht gehabt habe. Denn als es galt, diesen Fehler der Vergangenheit nun endlich gut zu machen und die Kräfte des Bürgertums zu einer achtunggebietenden Gesamtpartei zusammenzufassen, ging Herr Stresemann hin und gründete die Deutsche Volkspartei. Die Wäh-

Angestellte und Arbeiter der Pastermittelstellen im Zentralviehhof eingetreten.

Berlin 15. Okt. (Eig. Drahtber.) (Wolff.) Im Rathaus fand heute vormittag eine Konferenz über die Streiklage statt, in deren Verlauf der Oberbürgermeister ausführte, es sei ein gefährlicher Augenblick, den sich die Hilfskräfte zum Streik ausgesucht haben. Die ganze Verjüngung der Groß-Berliner Bevölkerung ist in Frage gestellt. Nehmen wir nur die Kartoffelverjüngung an. Wenn hier eine Störung eintritt, setzt sie sich bis zum Erzeuger fort und eine solche Störung im gegenwärtigen Augenblick läßt sich nicht wieder gut machen. Sehr schlecht sieht es auch mit der Kohlenverjüngung aus. Die Kohlenbereitung kann jeden Augenblick zum Stillstand kommen, jedenfalls auf das empfindlichste gestört werden. Der Magistrat ist den Hilfskräften soweit wie möglich entgegengekommen. An einigen Ausgabestellen der Erwerbslosenfürsorge ist von den Streikenden Sabotage geübt worden, indem sie die Ausgabestellen mitgenommen haben, damit den Erwerbslosen keine Unterstützung gezahlt werden könne. Der Streik erstreckt sich bisher nur auf Berlin und Neufeld.

h. Berlin, 15. Okt. (Eig. Drahtber.) Der Ausfall der Berliner städtischen Hilfsbeamten umfaßt etwa 10.000 Personen. Der Magistrat will die Forderungen nicht bewilligen.
h. Berlin, 15. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Raschiniten und Heizer aller Groß-Berliner Betriebe sind heute nachmittags drei Uhr in den Ausfall getreten. Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und bei allen lebenswichtigen Betrieben wird aber weiter gearbeitet, so daß keine Störung der Licht-, Kraft- und Wasserverjüngung eintritt.

Heute Rede und Pariser Blätter.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 15. Okt. „Niaaro“ und „Welt Pariser“ veröffentlichten die Rede des unabhängigen Sozialdemokraten Senle, der im Reichstag erklärt hat, Deutschland habe jetzt eine Million Soldaten, ohne im Texte die Antwort des Reichswehrministers selbst anzuführen.

Spartakistische Antriebe.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Saarbrücken, 15. Okt. In den dem Saargebiet benachbarten französischen Grenzorten ist es wiederum zu Unruhen gekommen. In Dornesleil plündern etwa 70 Spartakisten alle Häuser aus. Bürger und Beamte des Ortes bewaffneten sich, es kam zum Gefecht, in dem zwei Bürger und zwei plündernde Arbeiter und mehrere verwundet wurden. Französische Truppen sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Dornesleil eingetroffen.

Die Wirtschaftslage in Sachsen.

(Von unserem Dresdener Korrespondenten.)
Dresden, 15. Okt. Im den Kohlen- und Lebensmittelvertrieb auf den Eisenbahnen sind zu stellen, finden arbeitswilligen den deutschen Eisenbahnverwaltungen schriftliche Verhandlungen statt. Der Ausschuß der Verhandlungen kann nur erreicht werden, wenn noch weitere Einschränkungen des Personalverkehrs abgeklärt werden. Ansofort werden die Kohlenverjüngung auf den Eisenbahnen eingestellt werden. Im Reichsbahnplan sind den deutschen Ländern drei Sitze bewilligt worden, die in der Weise verteilt werden sollen, daß von Bayern und Sachsen je ein Vertreter der fohlenverbrauchenden Industrien und Preußen ein Vertreter der Kommunalverwaltungen bestellt wird.

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
In der Nationalversammlung wurde gestern zunächst das deutsch-polnische Abkommen über den gegenseitigen Gefangenaustausch besprochen, wobei von aller Seiten der Wunsch betont wurde, trotz der unabwehrlichen Gegenstände doch möglichst bald zu ruhigen, korrekten Beziehungen zu dem neuen polnischen Nachbar zu gelangen.

Dann kam der Postetat wieder einmal mit seinen bitteren Beschwerden über die Vorkriegswirtschaft, wie ein Redner sagte, und die Unzulässigkeit in dem einzigen Musterbetrieb. Und dabei war noch nicht einmal einer der gequälten Journalisten unter den Kritikern, die durch die häufige Telephonmiere allein schon Gefahr laufen, den Rest ihrer Nervenzustände einzubüßen. Zum Schluß mußte der Präsident die traurige Mitteilung machen, daß an eine Verlegung vor dem 30. Oktober nicht zu denken sei. Erzbischof will außer dem gesamten Etat auch noch die Reichsabgabeverordnung durchsetzen. Von Erzbischof sagt der Präsident nichts, er meint aber, die Herren Kollegen müßten nicht so ungeniert der Redelust fröhnen, sondern sich auf große und neue Gesichtspunkte beschränken. Große und neue Gesichtspunkte sind im Reichstagsgebäude aber sehr rar geworden.

lerchaft hat allerdings für diese Abplitterung keinerlei Verständnis bewiesen, denn die kleine Gruppe vereinigte nur 4,4% der abgegebenen Stimmen auf sich, und es ist wohl nicht zu erwarten, daß die Wählerkraft bei den nächsten Reichstagswahlen hinter die politische Einheit vom Januar 1919 zurückfallen sollte, zumal die Deutsche Volkspartei eigentlich nur eine oft humoristisch anmutende Sekundantenpolitik gegenüber dem deutsch-nationalen Radikalismus treibt.

Die Wehrheitssozialisten werden gegenüber den Unabhängigen keinen leichten Stand haben. Herr Scheidemann hat es tatsächlich für klug gehalten, die Fahne der sozialistischen Einigung zu entfalten. Die Herren Cohn und Henke haben aber die dargebotene Veröhnungshand höhnisch abgewiesen. Wenn die Regierung gewisse Fehler vermeidet, wie sie zweifellos in den Zeitungsverböten und gewissen militärischen Vorkommnissen zu sehen sind, wird der Linksradikalismus in seinen Agitationsmitteln geschwächt werden. Eine Politik des Friedens und der Kraft muß auch nach innen getrieben werden. Eine solche Ergänzung des positiven Wiederaufbaues wird es auch ermöglichen, durch den harten Winter leidlich hindurch zu kommen. Dann kann auch der Versöhnungsblock mit Ruhe dem Urteil der Wähler entgegengehen.

Balkikum und Bolschewismus.

ar. Berlin, 14. Okt.
Die deutsche Regierung war seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages nicht in einer solchen Nöte wie jetzt angeht der beiden Vorderungen der Entente, einerseits das Balkikum von allen deutschen Truppen, auch den russisch geordneten Bolschewistenkämpfern, zu räumen, andererseits im Kampf gegen den Bolschewismus durch Eingliederung Sowjetrußlands mitzuwirken. Was soll man also tun? Es handelt sich doch zunächst um diplomatische Schritte, um die Verantwortung der Polen, um Kundgebungen, Propagandakampagnen, Reichswehrminister Noske war, als die „feindlichen“ Notizen eintrafen, gerade in Oberrieschen. Man wartete, bis er wieder nach Berlin zurückkam. Damit verlor man Zeit. Und Noske ist kein Diplomat. Bitter notwendig ist jetzt ein kluges Spiel. Kein falsches Spiel, aber ein kluges Durchschauen der Schwächen beim Gegner, der über die deutschen Absichten im Balkikum grundsätzlich informiert ist und in seinen eigenen Absichten von innerpolitischen Schwierigkeiten abhängt. Von welchen Schwierigkeiten? In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bringt ein Diplomat, darüber Gedanken, die von Wert sein dürften. Der Verfasser fragt, wo denn die englischen und französischen Sozialisten seien, um gegen die neuerliche unannehmliche Blockade Deutschlands aufzutreten. Die beiden Voten, meint er dann zum Schluß, gehören zum Wahlprogramm des Ordnungsblocks, der in den französischen Kammerwahlen siegen will und der aus Chauvinisten und Antibolschewisten besteht, die Frankreich regieren. Der eine Teil des Blocks müßte seine Portion Deutschverachtung haben, verlange also Räumung des Balkikums und keine Verwendung deutscher Truppen gegen die Bolschewisten. Der andere Teil müßte auf dem Kampf gegen die Sowjet bestehen, verlange also Blockade und Einladung an Deutschland, mitzuwirken. Das sei eine Politik mit täglicher Kundgebung, kurzfristig und wiederholend. Deutschland werde sich hüten müssen, eine Politik mitzumachen, über deren Dauer der Ausfall der französischen Wahlen entscheidet. Soweit der halbamtliche „Diplomat“.

Sehr richtig ist hier jedenfalls auf die inneren Widersprüche der Ententehaltung hingewiesen. Zwei Seelen wohnen in ihrer Brust. Was sie von uns fordert unter dem Druck neuer Vlodaderdrohung, ja das müssen wir eben tun. Aber was sie von uns erbittet, indem sie uns sojugalieren in den Neutralen gleichsetzt, das werden wir uns hüten zu tun, wenn es nicht unser Vorteil ist. Wir werden vielmehr die Bitte und die Forderung zurückweisen und dabei hoffentlich eine Milderung unserer traurigen Lage heranzuschlagen. Wir können insbesondere Frankreich gegenüber die Ansicht vertreten, daß die Politik der beiden letzten Ententemoten vielleicht gar nicht der französischen Politik nach den Kammerwahlen entspricht. Warum sollen wir uns auf etwas festlegen, was uns vielleicht nachher wieder zum Vorwurf gemacht wird? Im übrigen haben wir ja gar nicht die Wahlmittel, weder die Bitte noch die Forderung der Entente zu erfüllen. In der Frage der Räumung des Balkikums liegen doch selbst französische Stimmen, so z. B. Saint-Brisse im „Paris Journal“, nur die Kraft gegen die Rebellien makt leben. Aber die deutsche Regierung könne sie nicht aufbringen. Die Alliierten müßten deshalb selbst Hand anlegen. Die Bitte tut das doch! Verzicht doch selbst im Balkikum Ordnung zu schaffen! Aber das widerspricht wieder dem Grundsat der Entente, im Kampf gegen den Bolschewismus nur die besetzten Völker und die kleinen Trabanten der Kaimarien aus dem Feuer holen zu lassen. Die alliierte Kommission, die im Balkikum aufpassen will, soll sich bei dieser Gelegenheit doch auch den bestehenden Grenzvertrieb mit Sowjetrußland ansehen. Sie wird entdecken, daß er fast gleich null ist, also einer Sperre gleichkommt. Die deutsche Post nimmt keine Briefe oder Telegramme nach Sowjetrußland an. Balkikum nach Sowjetrußland werden nicht ausgeführt. Ein Austauschhandel besteht nicht. Es ist ja möglich, daß es einigen Händlern gelingt, über Polen und Litauen ein paar Kisten mit „Kulturware“ durchzuschuggeln. Aber im allgemeinen ist jeder wirtschaftliche Verkehr unterbunden.

Was, was wünscht die Entente noch mehr? Sollen etwa die Bahnbureaus Deutschlands und der neutralen Länder unter die Aufsicht der Alliierten gestellt werden, weil die Entente sich die Generalisierung der Einreise nach Ausland in „Einzelfällen“ vorbehalten will? Glaubst man, den Bolschewismus

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

mit solchen Mitteln kein zu kriegen? Man wird schon hier in die Lage greifen und großzügiger denken müssen. Eine christliche Bundesgenossenschaft mit Deutschland wird man Sowjetrußland nicht unerschütterlich machen. Wie will man sich dafür gewinnen, wenn man sich auf der anderen Seite aufstellt und knutet? Dies und noch einiges andere müßte die deutsche Regierung gegen unsere Feinde auszusprechen. Dazu ist nötig, daß man das politische und psychologische Fach beherrscht.

von der Goltz. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Okt. (Wolff.) Einem anachronischen Rücktrittsgesuch des Generals von der Goltz ist bei den Berliner ausländischen Stellen nicht bekannt. Der General wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet und erst dann wird man über ein etwaiges Rücktrittsgesuch Mitteilung erhalten können. Die Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen, die dem Befehl der Kaiserlichen Marine folgen, wird mit Ablauf dieser Woche beendet sein. Ein beträchtlicher Teil ist aber in russische Dienste eingetreten und hat sich damit dem deutschen Einflusse entzogen.

Baruffe als Ankläger.

Verfaßtes, 15. Okt. (Wolff.) Gené Baruffe veröffentlicht in der „Humanität“ einen flammenden Aufruf „Nous accusons“, in dem er die bürgerlichen Regierungen der Entente anklagt. Karikaturen wie Kollisch und Denikin zu unterdrücken, deutschen Soldaten Waffen zu beschaffen, damit sie sich an Hilfslieferanten der Reaktion in Rußland machten. Das Volk müsse endlich wissen, gegen wen es marschieren solle und es müsse befehlen, daß wenn man die Reaktion in Rußland stärke, es gegen sich selber arbeite.

Paris, 14. Okt. Nach einer Sabas-Meldung hat die Armee Denikins nordwestlich von Woroneß 9000 Gefangene gemacht. Seit dem 9. Oktober hat die Armee Denikins 15 000 Gefangene gemacht, 20 Geschütze und ebensoviel Maschinengewehre wurden erobert.

Amsterd., 15. Okt. Das Pressebüro Radio meldet aus Sotcha, daß die Truppen der westrussischen Regierung bis zu den Vorstädten von Riga vorrückten und die Duna jedoch nicht überquerten haben.

Gefangennahme von Zionisten.

Saag, 15. Okt. (Wolff.) Laut „Der Volk“ meldet die „New York World“, daß die russischen Bolschewiken führende Zionisten gefangen setzten, da sie mit der Entente sympathisierten.

Die Haltung Polens.

Wien, 15. Okt. (Wiener Corr.-Büro.) Nach Warschauer Meldungen hat der polnische Staatssekretär des Äußeren gegenüber fremden Gesandten in Warschau erklärt, daß die Letzten ihre Kräfte unbedeutend seien die deutsch-russische Armee zusammenzubrechen könnten. Polen werde in einem solchen Augenblick gegen die Letzten nichts unternehmen.

Inland und Ackerland.

Befinnens, 15. Okt. (Wolff.) Die finnische Regierung befielte sich mit dem Friedensangebot Ackerlands und beschloß, dem Reichstagen einen ablehnenden Bescheid zu erteilen.

Anschluß der Murmanküste an Norwegen?

Kopenhagen, 14. Okt. (Wolff.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Christiania: Bei einem Festmahle für den norwegischen Gesandten in Paris W. Karleberg deutete der Ministerpräsident Nauden an, daß Norwegen außer Sibirien auch die Murmanküste von der Friedenskonferenz erhalten solle. Das Regierungsbüro „Dagbladet“ erwidert in den Neuerscheinungen von einem arktischen Norwegen eine Befehlsanfrage, daß bereits ein militärischer Anschluß der Murmanküste an Norwegen vorliege.

Die deutsche Republik.

Damaskus als Reichspräsidentenstandort.

In der „Deutschen Warte“ veröffentlichten Männer und Frauen aus allen Berufen und Parteien Damaskus einen Aufruf, den bekannten Bodenreform- und Volkswirtschaftler Dr. jur. h. c. Adolf Damaskus in Berlin als Präsidenten des Deutschen Reiches zu wählen. Dieser erklärt nun in seiner Antwort, daß er, wenn deutsche Männer und Frauen aus allen Ländern zu der Ueberzeugung kämen, daß er dem deutschen Volke in dieser entscheidenden Stunde die Stelle des Reichspräsidenten dienen könnte, es als Pflicht ansehen würde, diesem Rufe zu folgen. Es wurde ein „Hauptauschuss“ Präsidentenwahl Damaskus in Berlin gebildet.

Vertrauensmänner des Reichsarbeitsministeriums. Einem neuartigen Informationsdienst plant das Reichsarbeitsministerium. Die Einigungsstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums hat einen so großen Umfang angenommen, daß es zur Vermeidung von ganz erheblichen Verzerrungen des Beamtenpersonals notwendig ist, Persönlichkeiten des allgemeinen Vertrauens in allen wichtigen Industriegebieten die Schlichtung von arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zu übertragen. Diese sollen außerdem in ständiger Fühlungnahme mit den Landesbehörden die tatsächliche Entwicklung der Löhne überwachen, dem Reichsarbeitsministerium als Informationsquellen über die Stimmung ihrer Bezirke dienen und drohende Unruhen und Arbeitsstreitigkeiten rechtzeitig zur Kenntnis des Reichsarbeitsministeriums bringen, überhaupt mit diesem in steter enger Fühlung stehen. Zunächst werden hierfür 50 000 M. angefordert.

Aus der Pfalz.

General Gérard verläßt in den nächsten Tagen die Pfalz. Er kann sicher sein, daß ihm außer den Gutsbesitzern von Dr. Gaab, deren unlautes Treiben er nach Kräften unterdrückte, kein Pfälzer eine Träne nachweinen wird. Vor seinem Abzuge hat er die Pfälzer noch mit folgender Warnung „belehrt“: „An neuerer Zeit mehrten sich die Fälle, daß die Quartiergeber den einquartierenden französischen Offizieren gegenüber eine feindliche Haltung einnehmen, ferner das Versehen sämtlicher Quartierräume durch Entsetzen von Betten und Möbeln zu anderen Zwecken unzulässig machen und statt der bisherigen Zwei-Zimmerquartiere nur noch Ein-Zimmerquartiere zur Verfügung stellen. Die Quartiergeber werden dringend vor derartigen Ungehörigkeiten verwahrt und nachdrücklich aufgefordert, den französischen Offizieren höflichkeit zu bezeugen, sowie die Quartierräume unverändert als solche zu belassen, andernfalls empfindliche Strafen erteilt werden.“ Der Reichsminister des Äußeren, Graf Gerschberg, „Ministerpräsident“ der „Freien

Pfalz“, ist verärgert, nachdem er die Bundeskasse zu seinem persönlichen Vorteil um eine namhafte Summe erleichtert hatte. Sonderbare Mitarbeiter hat sich Dr. Gaab ausgesucht, das muß ihm der Reiz laßen.

„Unabhängiger“ Irrsinn.

(Drahtmeldung aus München Korrespondent.) Fr. München, 15. Okt. Eine würdige Assistentin des Reichsarbeitsministeriums Kurt Eisner, dessen wahnwitzigen Veröffentlichungen aus den Akten des bayerischen Ministeriums des Äußeren dem deutschen Volk bei den Friedensverhandlungen in Versailles so unendlich viel Leid haben, ist die Schriftleitung des „Kampfs“, des offiziellen Organes der sozialdemokratischen Partei in Bayern. Dort steht zu lesen:

„Das ist der Akt eines Volkes, das nach von der Tradition lombardischer Mauthäuser und feindlicher Kreuzzüge lebt. Clemenceau hat Recht: In der jehianen Form kann Deutschland nicht bestehen bleiben. Es bildet einen einzigen Vorwurf nicht nur gegen die Welt, sondern auch gegen die deutsche Kultur, die nichts zu tun hat mit dem raubenden, mordenden und tausenden Tausender tötenden.“

Das deutsche Volk mag aus diesen wahnwitzigen Sätzen ersehen, wie es von diesen „Unabhängigen“ eingeschätzt wird. Selbst das Konventionblatt des „Kampf“, die unter Leitung des Kommunisten Thomas Heßing „Neue Zeitung“ brandmarkt diese Saltuna als ein Dokument ineditischer Geisteskrankheit.

Levion.

Eine Wiener Zeitung erfährt vom österreichischen Staatsamt der Ruffia, daß dem Beschreiber der bayerischen Regierung um Auslieferung Levis, der, wie gemeldet, in Wien verhaftet worden ist, nicht entbrochen werden wird, weil es nicht in den Intentionen der österreichischen Regierung liegt, politische Verbrecher auszuliefern.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

m. Berlin, 15. Oktober. Eröffnung der Sitzung um 1 Uhr 20 Min. nachm. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzesentwurfes über den

deutsch-polnischen Vertrag

über die Entlassung feingehaltener Regionen und die Gewährung von Strafzinsen.

Minister Müller: Der vorliegende Vertrag ist ein Schatz der Friedensverträge. Wir hatten ein besonderes Interesse an der schnellen Regelung der Beziehungen zu unserem polnischen Nachbarn. Die Verhandlungen bezwecken die Verfestigung korrekter Beziehungen. Dieses Sonderabkommen ist dem Friedensvertrag vorweggenommen. Besondere Kommissionen sollen eingesetzt werden. Wir hoffen, daß dieser Vertrag die Beziehungen zu Polen fördert, auf das wir uns einmal angewiesen sind.

Mg. Kaufmann (Dem.): Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat den Vertrag für günstig befunden. Wir halten die Entscheidung des Gesetzgebungsorgans in zweiter und dritter Lesung für wünschenswert.

Der Gesetzesentwurf wird dann in zweiter und dritter Lesung ohne weitere Aussprache erledigt und angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Hausalters des Reichspräsidenten. Der Entwurf wird erledigt. Hiernach wird die Aussprache über die

Postverwaltung

fortgesetzt. Mg. Neumann (D. B.) befragt die Einstellung des Luftschiffverkehrs. Dieses Betriebsmittel hätte auf alle Fälle stillgestellt werden müssen. In Bezug auf den Telegraphen- und Telefonverkehr müßte das Publikum Selbstschutz üben. Für die Sicherheit des Postverkehrs müßte aber besser Sorge getragen werden. 80 Millionen Mark habe die Postverwaltung für Entschädigungen wegen des Verlustes der Briefe bezahlen müssen. Durch ausreichende Geschütze und Wägen müßte man der Verletzung wehren. Die Beamten haben im Dienste neutral zu sein, außerhalb des Dienstes heißt der Beamte, aber ihre politische Meinungsäußerung zu und dieses Recht muß auch den Postbeamten zugesichert sein.

Mg. Julek (N. S.): Wer sich von den Postbeamten in die neue Zeit nicht finden kann, muß unterrichtet werden. Die Personal- und Gehaltsreform muß zu Ende geführt werden. Die Letztere ist im Telegraphenverkehr zu beschleunigen.

Mg. Steinfuß (Soz.) bemerkt, es sei zureichend, daß festgelegt werden könne, daß auf den Hauptverkehrsstraßen die Arbeitsfreiheit einmündigen zugesichert sei. Die Personalreform müsse weiter nachgedacht werden, daß die Vorgesetzten den nachgeordneten Beamten höflich entgegenzutreten. Den Beamtenleuten, die demotisch sind, würden allerlei Schwierigkeiten gemacht, statt ihnen den Aufstieg zu erleichtern. Den meritorischen Beamten müsse volle Arbeitsfreiheit gegeben werden. Solche Beamten, die wegen Verletzung freiwillig auscheiden, müssen eine Abfindung erhalten. Das Mitspracherecht der Beamten müsse gewahrt werden, soweit dies mit der Beamteneigenschaft zu vereinbaren sei. Maßregelungen kommen immer noch vor.

Mg. Koch-Münster (Dr.): Die Personalverhältnisse müssen gründlich revidiert werden. Eine gewisse Arbeitslosigkeit war vorhanden. Mit dem Streikgedanken wurde gewartet. Viele Elemente sind der Meinung, daß ihnen mit dem Rechte der Beamteneigenschaft das Streikrecht zuzuteilen. Aber jedes Spielchen mit dem Streikgedanken ist zu vermeiden. In den oberen Stellen sind zu viele Beamte. Den unteren und mittleren Beamten muß der Aufstieg erleichtert werden. Die Personalreform muß beschleunigt werden.

Postminister Gieseler: Dem Beamtentum sind mehrere Wochen Urlaub erteilt worden, damit es eine Denkschrift zur Personalreform ausarbeiten kann. Der Aufstieg aus den unteren in die höheren Stellen soll ermöglicht und erleichtert. Ausbildungsmöglichkeiten sollen eingerichtet werden. Der Verleumdungsgerichtsstand werden wir erst Herr werden, wenn wir wieder im Dienste groß notwendige pflichttreue Beamte haben. Die Ausschüsse, soweit sie sich zur Uebernahme in den ständigen Dienst nicht eignen, müssen abgelehnt werden. Es soll dabei jedoch nicht rigoros verfahren werden. Bezüglich der Feuerungslosgänge können wir nicht selbständig vorgehen. Auch wegen der Abfindung der weiblichen Beamten haben wir nicht allein zu entscheiden. Verhandlungen wegen der Abfindung der Gehörlosen sind im Gange. In den Beamteneigenschaftsänderungen vorzunehmen vor Abschluß des Betriebsratgesetzes wäre unpraktisch.

Mg. Memmers (Dem.): Die Beamteneigenschaft rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß gründliche Reformen erfolgen. Die Beamteneigenschaft muß auf gesetzliche Grundlagen gestellt werden.

Mg. Rumm (D. N.): Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage muß trotz aller Schwierigkeiten Bese-

tigung geschaffen werden. Die vererbliche erbliche Kinderbeschränkung hängt auch mit der Wohnungsnot der Beamten zusammen. Die Fortschrittlichkeit wird vielfach zu Fortschritten mißbraucht, besonders auf militärischem Gebiete.

Demit schließt die Besprechung.

Der Postetat wird angenommen.

Der Präsident teilt mit, daß am 25. d. Mts. nach seine Pause eintreten könne. In dieser Woche solle der Etat des Reichsamtes des Innern und des Reichsarbeitsamtes erledigt werden. In der nächsten Woche der des Auswärtigen Amtes usw. In der dritten Woche soll in Vor- und Nachmittagsitzungen die zweite und die dritte Lesung des Etats, sowie die Reichsabgabenordnung erledigt werden. Ob auch das Reichsnotariatsgesetz erledigt werden kann, begegnet Zweifeln. Die Reichsabgabenordnung, die teilweise direkt in die Höhe geschossen ist, entspricht nicht mehr der Würde des Hofes und findet auch draußen keinen Anklang. Wenn wir unsere Arbeit befristigen wollen, müssen wir uns auf die großen Gesichtspunkte beschränken. Es könnte dann am 30. Oktober eine Pause von zwei Wochen eintreten.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellation Arnthal über Schuldenliteratur. Etat des Reichsamtes des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Die Arbeitsmenge.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Okt. (Wolff.) Der Vorkostenausfluß der Nationalberufung ist heute über die Geschäftslage. Es hat sich als unerfüllbar erwiesen, schon am 25. Oktober eine Pause eintreten zu lassen. Das Haus hat noch ein umfangreiches und sehr bedeutungsvolles Arbeitspensum zu erledigen. Die Pause soll am 30. Oktober für etwa 14 Tage eintreten.

Aus den Parteien.

Die Freie Demokratische Jugend Karlsruhe

veranstaltet am 21. Oktober, abends 8 Uhr im großen Saal des „Kriegerdenkmal“ eine öffentliche Versammlung, in der Prof. Dr. Sellbach über „Schöpferische Demokratie“ sprechen wird. Außerdem werden Stadtpfarrer D. Heißbacher und Hr. Rufe Kiecker Anreden halten.

Minister Hummel

sprach am Sonntag nachmittag im „Girichen“ in Göttingen in einer sehr gut besuchten Versammlung über unser innere und äußere Politik. Seine Rede löste sehr starken Beifall aus. An sie knüpfte sich eine längere Aussprache, in der Bürgerfreunden der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Regierung allen berechtigten Wünschen der Landwirtschaft Rechnung tragen möge, was zugebilligt wurde. Reichsminister Vortisch würdigte mit anerkennenden Worten die schwere Arbeit des Landwirtschafts, der die Kriegserhaltung angeht. Er meinte, daß die hohen Preise für Rohstoffmittel wie Fischöl, Göttingen unter Anführung von Beispielen hin; erwidert wurde, daß bei der Aufschaffung mit dem Weltmarktpreis gerechnet werden müsse. Am Abend des gleichen Tages behandelte Minister Hummel dann auf Eruchen des Demokratischen Vereins Vorschlag im „Girichen“ in Vörsch das gleiche Thema. In der Aussprache wurden in der Hauptfrage Schuldenfragen behandelt.

Der Demokratische Verein Donaueschingen.

veranstaltete am Montag eine Abschiedsfeier für den Landtagsabgeordneten und früheren Bürgermeister Schön, die aus allen Schichten der Einwohnerschaft sehr gut besucht war. Der Vereinsvorsitzende, Gemeinderat Mail würdigte Schön's Verdienste um die Stadt Donaueschingen: Stadtbaumeister Mail überbrachte den Dank der städtischen Beamten und Bediensteten; Oberamtmann Braun sprach als Vertreter der Fürstenerhöhen die Anerkennung dem Scheidenden Dank und Anerkennung dafür aus, daß dieser bei scharfer Bahnung seines Standpunktes dazu beigetragen habe, die oft widerstreitenden Interessen von Gemeinde und Standesherrschaft auf einer mittleren Linie zu vereinigen. Abgeordneter Schön dankte für die ihm angedene Ehrung in beruhigenden Worten.

Auswärtige Staaten.

Koalitionsregierung in Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 15. Okt. (Wolff.) An der dritten Sitzung des Kreisarbeiterrates, an der auch der Präsident der Nationalversammlung teilnahm und die Notwendigkeit der Koalition zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten herbeiführt, wurde nach einem Schlußwort Dr. Bauer's einen die Stimme der Kommunisten eine Entschiedenheit angenommen, in der der Kreisarbeiterrat Wien's erklärt, daß im gegenwärtigen historischen Moment in Oesterreich weder die Herrschaft der Arbeiterklasse allein, noch die der Bourgeoisie möglich ist. Die Arbeiterschaft würde den Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung aufheben der Industrieerträge nicht Herr werden. Die Bourgeoisie würde scheitern an dem Widerstand des Proletariats insbesondere Wiens. Aber Verlust der Kleinrenten einer Klasse müßte in kürzester Zeit aus demselben Proletariat hervorgehen, aus dem als amminender Dritter die Reaktion hervorgehen müßte. Es bestünde daher leibter die Notwendigkeit, vorläufig das Scheitern der Koalitionsregierung abzuwarten.

Die Budapester Börse.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 15. Okt. (Wolff.) Dem „Köffer Moth“ zufolge beschließen die maßgebenden Faktoren des Wertes nach dem Ministerpräsidenten seine grundsätzliche Zustimmung zur Wiedereröffnung der Börse erteilt hat, diese noch Ende dieser Woche zu eröffnen.

Gärung in der Slowakei und Oberungarn.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 15. Okt. (Wolff.) hat die revolutionäre Gärung in der Slowakei und in ganz Oberungarn einen solchen Umfang angenommen, daß sich die Regierung beunruhigt sah. Peter Bliska und andere hervorragende slowakische Führer zu verhaften. Die Militärbehörde ist verurteilt worden. Die Slowaken fordern vollständige Autonomie. Die Bewegung hat bereits auf das ruthenische Gebiet in den Karpaten übergriffen. In Galizien wurde die selbständige tschechisch-russische Republik proklamiert.

Das bulgarische Kabinett.

Verfaßtes, 15. Okt. (Wolff.) Nach Meldungen aus Sofia ist das Ministerium Stamulisch jetzt endgültig gebildet. Es hat den Auftrag erhalten, den Friedensvertrag mit der Entente zu unterzeichnen. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Stamulisch, Ministerpräsident und

Kriegsminister, Kralow, Unterrichts, Torkalow, Verfaßtes, Dimitrow, Anneres, Daslaw, Acherow, Mazarow, Auswärtige Angelegenheiten, Buraw, Komel. Die beiden zuletzt genannten gehören der radikalen sozialistischen Partei an. Die nicht besetzten Posten des Kabinetts, das Finanzministerium erhalten die Demokraten, das Finanzministerium ein Sozialist. Das Kabinett weist vier Minister auf. Korrespondent der bulgarischen Friedensdeklaration in Paris bleibt Teodorow.

Frankreich und der Einbruch des Friedenszustandes.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 15. Okt. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat am Entwurf über die Festlegung des Datums der Einstellung der Feindseligkeiten Änderungen vorgenommen. Sie unterdrückt die Bestimmung, daß dieses Datum jener Tag sein soll, an dem das Parlament zur Ratifizierung des Friedensvertrages ermächtigende Beschlüsse im Amtsbuch erscheint. Die Kammer hatte beantragt, daß dieses Datum das Inkrafttreten des Vertrages sein soll.

Paris, 15. Okt. (Wolff.) Das „Globe“ meldet, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages am Freitag oder Samstag im Senat durchzuführen werde.

Streik im Pariser Buchhandel.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 15. Okt. (Wolff.) „Humanität“ sind die Streikenden im Buchhandel erneut in den Streik getreten. Die Annehmlichkeiten der Streikenden und die Reklamationen haben nun bestanden, sofern es nötig sein sollte, sich mit den Annehmlichkeiten des Buchhandels solidarisch zu erklären, um den Fortarbeiten der Letzteren zur Durchführung zu verhelfen.

Der Generalfreist in Brest beendet.

Brest, 15. Okt. (Wolff.) Die Verammlung der Streikenden nahm Kenntnis von den Beschlüssen der Metallindustriellen, die Fortsetzung der Arbeit teilweise zu erfüllen. — Die städtischen Betriebe nahmen heute die Arbeit wieder auf. Der Generalfreist ist als beendet zu betrachten.

Der erkrankte d'Annunzio.

Verfaßtes, 15. Okt. (Wolff.) „Chicago Tribune“ meldet: d'Annunzio ist sehr schwer krank und habe die Absicht nach Rom zu gehen, um Genesung zu konstatieren. Es sei möglich, daß es sich hier um ein Manöver handle, das bestimmt sei, dem nationalsozialistischen Vorläufer den Abzug von Rom zu erleichtern.

Der Zustand Wilsons.

Paris, 14. Okt. (Wolff.) Der „Matin“ berichtet aus New York, daß ein im Weißen Hause verweilender Senator erklärte, Präsident Wilson könne seine Funktionen nicht vor drei Monaten aufnehmen. Gegen ihn stand eine Erklärung des Senators D. H. C. d. der Präsident nicht nur imstande, die laufenden Geschäfte zu besorgen, sondern es würden ihm für sich sogar zwei wichtige Fragen unterbreitet. Greyton, der Vizepräsident, sagte, daß der Präsident im Falle aller geistigen Fähigkeiten, daß seine heutige Stellung absolute Ruhe erfordere.

Paris, 15. Okt. (Wolff.) Nach der „Paris Mail“ sucht Oberst Soule den Präsidenten Wilson zum Rücktritt vom Präsidentenposten zu bewegen und in der Regierungstreue zu bestehen, daß wenigstens während der Erkrankung der Präsidenten der Vizepräsident Marshall mit der Leitung der Staatsgeschäfte betraut wird. Soule wird weiter gemeldet, daß bei einer Uebernahme durch Marshall einschneidende Veränderungen in der Politik erwartet werden, da Marshall bezüglich der Regierung und Demokratie sehr verchiedene Ansichten gegenüber Wilson hat. Man beginnt in politischen Kreisen und in diplomatischen Kreisen ernstlich auf die Präsidentenschaft Marshalls einzugehen.

Die Union und die Ratifizierung.

Amsterdam, 15. Okt. Laut Pressebüro Radio meldet „New York Times“, es werde jetzt gemeinhin die einbaltige Aktion gegen den Friedensvertrag in den nächsten Session des Kongresses, der am 4. Dezember zusammentritt, überwiesen werde.

Der amerikanische Handel in Europa.

Paris, 15. Okt. (Wolff.) „Der Vaterland“ meldet, daß eine amerikanische Gesellschaft unter dem Namen Foreign Finance Corporation gegründet worden ist, die sich zum Ziele hat, den amerikanischen Handel in Europa zu fördern. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 20 Millionen Pfund Sterling.

Die Streikbewegung in Amerika.

Keunert, 15. Okt. Der Streik der Dockarbeiter dehnt sich längs der Küste des Atlantischen Ozeans aus. Man zählt gegenwärtig 130 000 streikende. Im New Yorker Hafen verlaufen die ankommenden Waren auf dem Quai und in den Schiffen. Der Ruder beginnt zu manövrieren. Die Streikenden werden heute aber morgen Verfassungen abgeschlossen, in denen zur Wiederaufnahme der Arbeit Zustimmung angenommen werden soll. Aus Philadelphia wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinten und den Werke-Isaacson abgebrochen wurden. Die auf 1. November anberaumten Streiks werden 25 000 Beralute umfassen.

Einpruch Dorevs gegen die Bedingungen für Deutsch-Südwafrika.

Amsterdam, 15. Okt. (Wolff.) Laut Telegramm melden südafrikanische Blätter, daß General Dorev ein Manifest veröffentlicht hat, in dem er gegen die Deutsch-Südwafrika betreffenden Bestimmungen im Friedensvertrag Einpruch erhebt.

Letzte Nachrichten.

Einstellung des Personenverkehrs an den Sonntagen in Württemberg.

Stuttgart, 15. Okt. (Wolff.) Die Generaldirektion der Eisenbahn teilt mit: Wegen unzureichender Besätze an Lokomotiven wird bis auf weiteres der gesamte Personenverkehr an den Sonntagen eingestellt und zwar erstmalig am Sonntag, den 19. Oktober.

Willehm v. Siemens †.

Berlin, 15. Okt. Wilhelm v. Siemens, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens & Halske A. G. und der Siemens & Halske-Werke, ist gestern abend in der Schweiz gestorben.

Befähigung des Todesurteils gegen Kammerstetter.

München, 15. Okt. (Wolff.) Der Ministerialrat hat das Todesurteil im zweiten Weisnerprozess gegen den Hilfsarbeiter Alois Kammerstetter bestätigt.

Badischer Landtag.

Badischer Siedlungsgeheimnis- und Reichs-siedlungsgeheimnisgesetz.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.) Ein Vergleich des Siedlungsgeheimnisses über die Ent-

Die Mannheim Beamten und der Aufruf an das Badische Volk.

Wegen des am 7. Oktober von den vier Fraktionen des Badischen Landtags an das Badische Volk

Einberufung des Landtags.

Nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums wird der Badische Landtag am Dien-

Katastrophe in der Kohlenverforgung.

Wegen amtlicher badischer Stelle wird bekannt-

Die seit Wochen schon schleichende Kohlennot

Worunter ist die Kohlennot nicht mehr die Folge

Einem Reichswirtschaftsminister werden zurzeit

gelebten Maße erfüllt werden können, werden in

Aus Baden.

Amliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat Landgerichtsrat Gustav

Das Justizministerium hat den Amtsanwalt Eugen

Mit Entschliessung des Staatsministeriums wurde

Tagung des Badischen Landesfeuerwehrverbandes.

Sodann wurden verschiedene Anträge behandelt.

Bruchsal und Heidelberg der Fall. Des weiteren

Eine Mannheimer Witwenversammlung gegen zu

scharfe Sühnenkontrolle.

(Eigener Drahtbericht.)

rr. Mannheim, 14. Okt. In einer gestern nach-

Wiesental b. Bruchsal, 15. Okt. Von einem

Il. Forstheim, 16. Okt. Nachdem der Stadtrat

== Eppingen, 15. Okt. Die Gendarmerie beschlag-

== Redarbschloßheim, 15. Okt. Beim Tabakauf-

== Zwingersberg a. A., 15. Okt. In der Nähe der

== Reichenbach bei Genetsbach, 15. Okt. Bei dem

== Rabelfeld, 15. Okt. Der Bürgerausschuss

== Konstanz, 15. Okt. Auf Antrag des Kommun-

== Rabelfeld, 15. Okt. Der Bürgerausschuss

Aus Nachbarländern.

m. Herrnsahl, 15. Okt. Zur Eröffnungsfest

== Buchau a. N., 15. Okt. Beim Torfstecken

Aus dem Stadtkreise.

Neues Volkshaus 1919/20. Die neuen Post-

Volkshauslehrer und einem abbaufähigen Verzeich-

Arbeitsstätten. Bei der bekannten Modemachen-

Amerikanische Liebesgabenstunde. Dem Bad-

Arbeiterbildungsverein. Der Badische Dichter-

Veranstaltungen.

Portraitausstellung Schönfeld. Der dritte dramatische

Der Telepath 20 Rittern wird am 20. und 21. Ok-

Colosseum. Seit Donnerstag abends 8 Uhr.

Standesbuch-Ausgabe.

Chefbesuche. 14. Okt.: Karl Scholl von Graben.

Todesfälle. 14. Okt.: Luise Ripp, alt 77 Jahre.

Gerichtssaal.

Waldshut, 15. Okt. (Eig. Draht.) Das Schieds-

Die Staatsanwaltschaft hat die Gendarmerie an-

Advertisement for OSRAM light bulbs. Text: 'Was verbürgt der Name OSRAM-AZO? Sonnenweisses Licht. Festen Leuchtdraht. Lange Lebensdauer. Grosse Stromersparnis.' Includes an illustration of an OSRAM light bulb.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Gitter versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Der englische Handel mit Deutschland.

Die englische Regierung hat ein Weißbuch veröffentlicht, das die Bedingungen enthält und aus-

Das Weißbuch erklärt, daß eine lebhaftere Nachfrage nach Waren aller Art aus dem ehemals feind-

Mit Ausnahme der Waren, die in den Listen A und B verbottener Einfuhrgegenstände aufgeführt sind,

Andere Transaktionen kommerzieller oder finanzieller Art mit Firmen in Deutschland sind ohne besondere Erlaubnis gestattet,

a) Die Zahlung ausstehender Gelder aus Vor-

b) Die Auszahlung oder Verzinsung von Eigen-

c) Die Übertragung von Wertpapieren durch oder für Rechnung einer in Deutschland weilenden Person.

d) Die Zuerteilung oder Übertragung an deutsche Staatsangehörige oder an Außen eines deutschen Staatsangehörigen von Wertpapieren.

e) Die Übertragung von allen, einer Person in Deutschland zu zahlenden Schulden oder anderen Verpflichtungen.

Bezüglich der früher zu Oesterreich-Ungarn ge-

gehörigen Länder gelten dieselben Bestimmungen wie für Deutschland, mit der Ausnahme, daß für Aus-

führen nach Oesterreich und Jugoslawien die Liste D Anwendung findet.

Abgesehen davon, daß diese Liste D verbottener Einfuhrgegenstände für die Türkei und die Listen D und E für Bulgarien gültig sind, gelten auch für diese beiden Balkanländer dieselben Bestimmungen, die auf Deutschland Anwendung finden.

Das Weißbuch macht ferner darauf aufmerksam, daß die Einholung von Zertifikaten von den Einfuhr-

vereinigungen in Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz nicht mehr länger erforderlich ist.

Erlaubnisse werden nur für die in den Listen A und B verbottener Einfuhrgegenstände verlangten.

Von britischer Seite sind hinsichtlich des Handels mit Finnland, Estland, Lettland und Litauen keine besonderen Einfuhrbestimmungen in Kraft, in-

dessen werden, wie bei anderen Ländern, Ausfuhr-

erlaubnisse für Waren der Listen A und B verlangt, wie auch die allgemeinen Einfuhrverbote, genau so wie auf andere Länder, auch auf die baltischen Länder Anwendung finden.

Vom Konstat ausgestellt Ursprungsbescheinigung für nach England eingeführte Güter sind nicht mehr erforderlich, während Erklärungen bezüglich der Einfuhrbestimmungen der Waren und Bekanntgabe des Namens des Empfängers für die aus England ausgeführten Waren gleichfalls nicht mehr verlangt werden.

Nachdem die englische Regierung auf diese Weise die von ihr in Zukunft zu verfolgende Politik klar und deutlich zum Ausdruck gebracht und, abgesehen von einigen Einschränkungen, sich für eine freie Ver-

füllung des Handels ausgesprochen hat, ist es nicht zu verwundern, daß Pläne, wie sie Dr. Knott, der Präsident der britischen Handelskammer in Köln, vor einigen Tagen hinsichtlich der Gründung eines deutsch-englischen Clearing-Hauses unter englischer Kontrolle auf Tapet gebracht hat, weder auf dieser noch auf jener Seite des Ärmelkanals Anklang fanden.

Der Sekretär der genannten Handelskammer hat inzwischen durch die Presse bekanntgemacht, daß die Vorschläge Knotts nicht im Namen der Handels-

kammer gemacht und daß weder die Kammer noch die einzelnen Mitglieder zu Rate gezogen worden seien.

In einer von der Kammer angenommenen Entschließung wurde Knotts vorgegeben mißbilligt und er selbst wurde aufgefordert, sein Amt als Ehrenpräsident der Kammer niederzulegen.

Ferner wurde beschlossen, die Kammer in Zukunft wieder mit ihrem früheren Titel Britische Handelskammer zu Köln und nicht mehr Britische Handelskammer in Deutschland zu nennen, was für die Beurteilung der ganzen Sachlage sehr bezeichnend ist. II. D.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

W. Berlin, 15. Okt. Die traurige Valutaverhältnisse und die damit zusammenhängende weit ver-

breitete Ansicht von den arden Auslandskäufen in Aktien für rentabel achaltener Industrieunter-

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for stock names and prices. Includes entries like Schantungbahn, Ostpreussische Eisenbahn, etc.

Deutscher Markt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table with columns for country and amount. Includes entries like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 15. Okt. Die gestrige feste Voreinstimmung übertrag sich auf den heutigen Verkehr. Das Geschäft trat zu Beginn einen außerordentlich lebhaften Charakter an.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for stock names and prices. Includes entries like Badische Bank, Darmstädter Bank, etc.

Am nächsten Kohlenberauben wird jetzt fleißiger gearbeitet. Nach amtlichen Kohlen betragen im Steinkohlenbergbau die Restmengen der Förderung im April 243 000 Tonnen im August nur noch 180 000.

Oesterreichisch-ungarische Bank. In einer Sitzung des Generalrates wurde die Frage der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung erörtert, um die Aktionäre schon jetzt über die Ereignisse seit der letzten ordentlichen Generalversammlung und über die Durchführung des Friedensvertrages auf die Lage der Bank zu unterrichten.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Zur Kartoffel-Zwangsbewirtschaftung.

In der schriftlichen Antwort auf die Anfrage eines Abgeordneten erklärt der deutsche Wirtschaftsausschuss, daß eine Aufhebung der Awanasbewirtschaftung der Kartoffeln nicht geplant sei, da der Handel ausreicht nicht in der Lage sei, für eine in ruhigen Bahnen sich bewegnende Kartoffelproduktion der Bevölkerung einzutreten.

Einfuhr böhmischer Gläser.

Der Grobhandelsverband „Münchener Bund“ hat an das Reichswirtschaftsamt und die Lukenhambestehende des Auswärtigen Amtes das dringende Ersuchen gerichtet, die Einfuhr böhmischer Glaswaren in ungeschützter Weise wieder zu erlauben und das ausschließliche, zeitraubende und unbeliebte amtliche Genehmigungsverfahren aufzuheben.

Sport - Turnen - Wandern - Reisen

Schülerwettkämpfe des Karlsruher Turnvereins 1846. Am kommenden Sonntag veranstaltet der K. T. V. 1846 auf seinem Turn- und Spielplatz in der Nähe der Telearbeitsstätte Schülerwettkämpfe, bestehend in Drei- und Fünfkampf und einem 500-Meter- (10 x 50 Meter) Staffellauf, an denen Schüler von Karlsruher Volls- und Mittelschulen und Schülerabteilungen hiesiger Turn- und Sportvereine in größerer Zahl teilnehmen werden.

Spott beim Militär. Die neu ins Leben gerufene Militärabteilung des Karlsruher Fußballvereins war dank der rührigen Leitung des Vereins in der Lage, sich an den Wettkämpfen des Reichswehrbattalions 5, die am Sonntag in Freiburg stattfanden, zu beteiligen.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterstelle in Karlsruhe. Auf Grund land- und funktelegraphischer Beobachtungen vom Mittwoch, 15. Oktober 1919, 8 Uhr morgens (M. G. S.)

Table with columns for location, wind, clouds, rain, etc. Includes entries like Dambur, Röhrlingsberg, etc.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7⁰⁰ morgens)

Table with columns for location, wind, clouds, rain, etc. Includes entries like Dambur, Röhrlingsberg, etc.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das über Südschweden liegende Hochdruckgebiet ist nordwärts nach Finnland gezogen, hat aber seinem Südrande noch Nordwest, die heute mit der geringen Regen, im Schwarzwald Schnee gefallen.

Wetterausblick in Baden bis Donnerstag, den 16. Oktober, nächst: Windig, zeitweise böig aus Nordwest, nur zeitweise Regen, dazu schon Regen im hohen Schwarzwald Schneefälle, kühl, nachts Frost.

Ahnen-Baerstände, morgens 11 Uhr

15. Oktober 14. Oktober

Schultermetri... 0,86 m

Neht... 1,85 m

Wagen... 3,57 m

mittags 12 Uhr

abends 1 Uhr

Wannheim... 2,19 m

STAAHLFACHINGEN

Natürliches Mineralwasser

Haustrinkkuren!

Staatl. Fachingen ist wieder, mit alten guten Verchlüssen versehen, sofort lieferbar.

Von heilwirkendem Einfluß bei Gicht, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw.

Brunnen-schriften durch das Fachinger Zentralbüro Berlin W 66, Wilhelmstraße 55

Wanzen

samt Brut, sowie anderes Ungeziefer, liefert man am schnellsten mittelst meinen neuesten Spezialverfahren vollständig und garantiert.

Billigste Berechnung. Reelle Bedienung. Abonnement für die Herren Hausbesitzer unter besonders günstigen Bedingungen.

Deutsche Versicherung Anton Springer gegen Ungeziefer

nur Ettlingerstr. 5; (Stenbol)

Advertisement for Jacob Stück Weinbrennereien Hanaum. Features three bottles of wine (Edelstück, Goldstück, Urstück) and text: '3 führende Marken: Goldstück, Edelstück, Urstück. REINER WEINBRAND'.